

Staatlich geprüfte Kommunikationswirte AFAK, G 2023+

Allgemeines Zivilrecht insbesondere Vertragsrecht (BGB), Grundzüge
des Handelsgesetzbuches einschließlich Unternehmensformen (HGB)

Unterricht am 12.04.2024, 10. und 11.05.2024, 01. und 02.11.2024

Lehrinhalte

- Aufbau des Rechtssystems
- Natürliche und juristische Personen
- Unternehmensformen
- Vertragsabschluss, Formfreiheit, Stellvertretung
- Vertragsarten des BGB
- Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs)
- Gewährleistungsrecht, Garantie, Produkthaftung
- Verjährung
- Kaufmännisches Recht (HGB)

Recht

Zivilrecht

Rechtsbeziehung
der Zivilisten
Bürger oder
Privatpersonen
zueinander

BGB

HGB

öffentliches Recht

Rechtsbeziehung
Staat – Bürger
Bürger – Staat
Staat – Staat

Strafrecht

Staat als Träger
des Straf-
anspruches



Bürgerliches Gesetzbuch

Allgemeines
GleichbehandlungsgG
ProdukthaftungsG
WohnungseigentumsG
ErbbauRG

89. Auflage
2022

Beck-Texte im dtv



Handels- gesetzbuch

PublizitätsG
HandelsregisterV

67. Auflage
2022

Beck-Texte im dtv

Rechtssubjekte

Natürliche Personen

Menschen

Juristische Personen

vom Menschen geschaffen

Rechtsfähigkeit

Träger von Rechten und Pflichten



Vertragspartner, Gläubiger,
Schuldner, Eigentümer, Erbe

Von Vollendung der Geburt bis
zum Tod

Geschäftsfähigkeit

Fähigkeit, rechtlich zu handeln

bis zum vollendeten 7. Lebensjahr

geschäftsunfähig

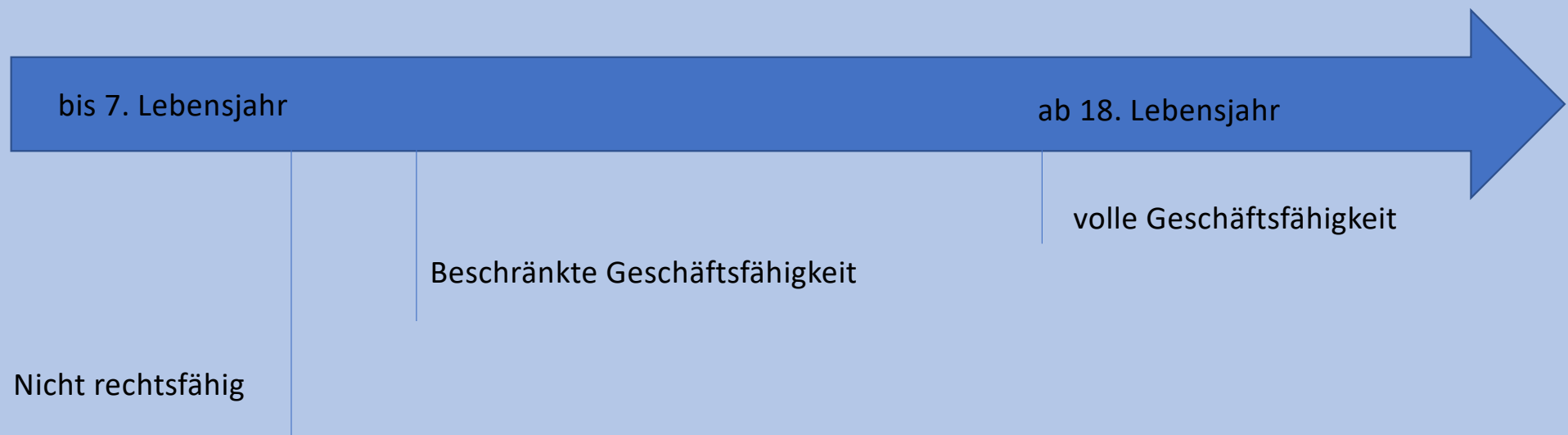
ab dem vollendenden 7. Lebensjahr

beschränkt geschäftsfähig

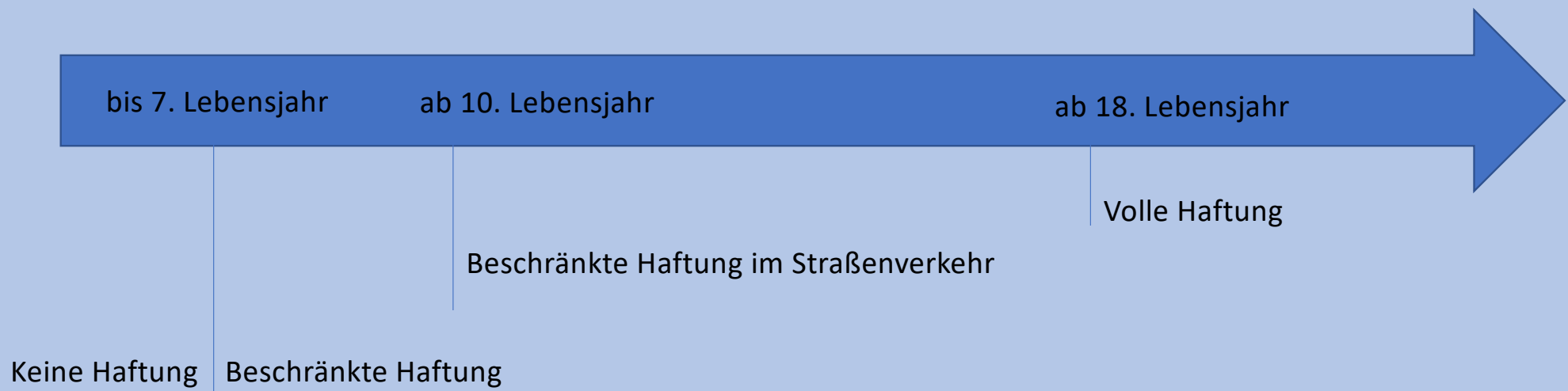
ab dem vollendeten 18. Lebensjahr

voll geschäftsfähig

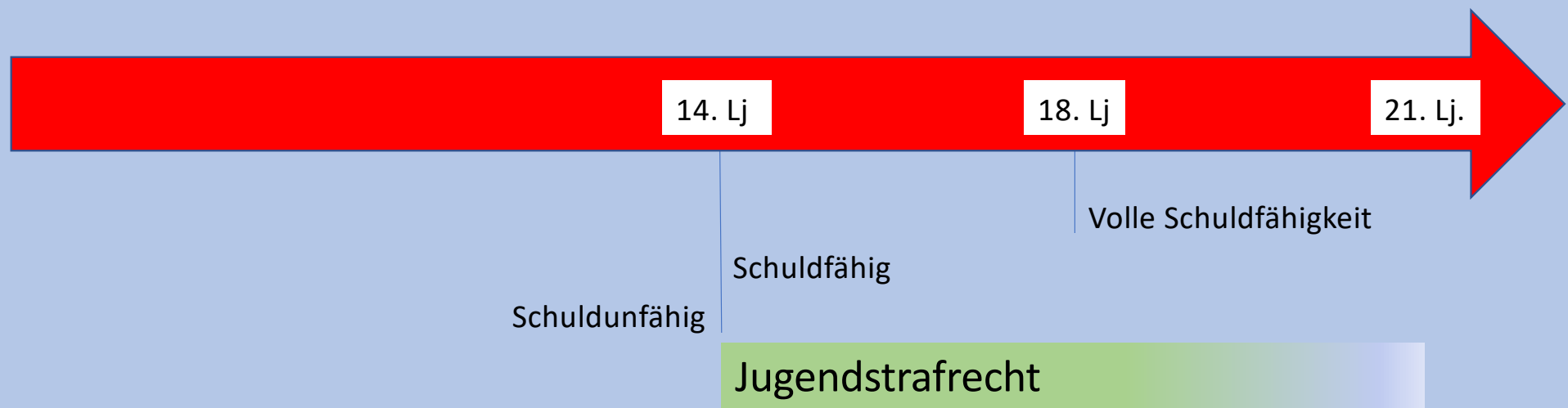
Geschäftsfähigkeit (Zivilrecht)



Deliktsfähigkeit (Zivilrecht)



Schuldfähigkeit (Strafrecht)



Juristische Personen

- Juristische Personen sind rechtsfähige Personen, die den natürlichen Personen weitgehend gleichgestellt sind
- Juristische Personen des Privatrechts: GmbH, AG, eingetragener Verein, Stiftungen
- Juristische Personen des öffentlichen Rechts: Bund, Länder, Gemeinden, IHK, ARD
- Besonderheiten bei der Haftung: nur das Gesellschaftsvermögen haftet, nicht die Gesellschafter

Unternehmensformen - Einzelunternehmer

| | Gesetzliche Grundlage | Gründungsmitglieder | Firmenzusatz | Geschäftsführung | Haftung | Gewinnbesteuerung |
|-------------------|-----------------------|---------------------|-----------------------------|------------------|---------------------|-------------------|
| Einzelunternehmer | BGB | Ein Unternehmer | | Inhaber | Inhaberunbeschränkt | Einkommenssteuer |
| Einzelunternehmer | HGB | Ein Unternehmer | e. K. e. Kfm. e. Kfr. | Inhaber | Inhaberunbeschränkt | Einkommenssteuer |

Unternehmensformen - Personengesellschaft

| | Gesetzliche Grundlage | Gründungsmitglieder | Firmenzusatz | Geschäftsführung | Haftung | Gewinn-Besteuerung |
|----------------------------------|-----------------------|---------------------|--------------|----------------------|--|--------------------|
| Gesellschaft bürgerlichen Rechts | BGB | mind. 2 Personen | GbR | Jeder Gesellschafter | Jeder Gesellschafter-unbeschränkt | Einkommenssteuer |
| Offene Handelsgesellschaft | HGB | mind. 2 Personen | oHG OHG | Jeder Gesellschafter | Jeder Gesellschafter-unbeschränkt | Einkommenssteuer |
| Kommandit-Gesellschaft | HGB | mind. 2 Personen | KG | Vollhafter | Komplementär: Voll Kommanditist: Teil | Einkommenssteuer |

Unternehmensformen - Kapitalgesellschaft

| | Gesetzliche Grundlage | Gründungsmitglieder | Firmen-zusatz | Geschäfts-führung | Haftung | Gewinn-Besteuerung |
|---------------------------------------|-----------------------|---------------------|--------------------------|--------------------------------|---|----------------------|
| Gesellschaft mit beschränkter Haftung | GmbH-Gesetz | mind. 1 Person | GmbH | (angestellter) Geschäftsführer | Gesellschafts-vermögen; Stammkapital mind. 25.000€ | Körperschafts-steuer |
| Unternehmens-gesellschaft | GmbH-Gesetz | Eine Person | UG (haftungs-beschränkt) | (angestellter) Geschäftsführer | Gesellschafts-vermögen; Stammkapital mind. 1€ | Körperschafts-steuer |
| Aktien-gesellschaft | AG-Gesetz | mind. 5 Aktionäre | AG | Vorstand | Gesellschafts-vermögen; Stammkapital mind. 50.000€ | Körperschafts-steuer |

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

| | |
|---------------------------|---|
| Beispielname | Max Müller GmbH |
| Gründung | mind. eine Person |
| Gesetz | GmbH-Gesetz |
| Gesetzlicher Vertreter | Geschäftsführer |
| Haftung | beschränkt auf das Gesellschaftsvermögen |

Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) Teil 1

| | |
|---------------------------|------------------------------------|
| Beispielname | Max Müller UG (haftungsbeschränkt) |
| Gründung | mind. eine Person |
| Gesetz | § 5 GmbH-Gesetz |
| Gesetzlicher Vertreter | Geschäftsführer |

Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) Teil 2

- Umgangssprachlich: 1-Euro-GmbH oder Mini-GmbH
- Sacheinlagen: nicht möglich
- 25% des Jahresgewinnes zum Kapitalaufbau, ohne Frist
- wenn 25.000 € erreicht werden, dann Umwandlung in eine GmbH
- Haftung mit den Gesellschaftsvermögen
 - Keine Nachschusspflicht der Eigentümer

KG und Sonderform GmbH & Co. KG

- Die Kommanditgesellschaft (**KG**) hat einen Komplementär (**Vollhafter**) und einen (oder mehrere) Kommanditisten (**Teilhafter**).
- Der Vollhafter haftet voll, also auch mit seinem Privatvermögen; der Teilhafter haftet in Höhe seiner Einlage.
- Der Vollhafter kann auch eine juristische Person sein, zum Beispiel eine GmbH. Dies ist dann die **GmbH & Co. KG**. Die Haftung der GmbH sind dann, wie bei der GmbH auch, auf das Gesellschaftsvermögen der GmbH beschränkt.
- Es können auch andere juristische Personen Vollhafter werden (z.B. Stiftung, eingetragener Verein). Es kann auch eine juristische Person aus dem europäischen Ausland sein, das Mitglied der EU ist (z.B. die französische GmbH: SARL Societe á responsabilité limitée, **SARL & Co. KG**)

Aktiengesellschaft

| | |
|---------------------------|--|
| Beispielname | Volkswagen AG |
| Gründung | mind. fünf Aktionäre |
| Gesetz | Aktiengesetz |
| Gesetzlicher Vertreter | Vorstandsvorsitzender |
| Haftung | Gesellschaftsvermögen, mind. 50.000 € |

Vertragsfreiheiten, Vertragsabschluss

- Grundsatz der Vertragsfreiheit
- **Vertragsabschluss durch zwei übereinstimmende Willenserklärungen:**
mündlich, schriftlich, elektronisch, konkludent (schlüssiges Verhalten);
jedoch kein Vertragsabschluss durch Schweigen
- **Grundsatz der Formfreiheit: Vertragsabschluss erfolgt mündlich, konkludent** (schlüssiges Verhalten), **elektronisch**.
Ausnahmen: Grundstücksverträge, familien- und erbrechtliche Verträge, Arbeitsverträge u.a. bedürfen der Textform, Schriftform, notariellen Beurkundung.
- **Stellvertretung ist grundsätzlich überall möglich;**
Ausnahme: bei höchstpersönlichen Rechtsgeschäften ist eine Vertretung nicht möglich

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- AGB sind **vorformulierte** Vertragsbedingungen, die vom Verwender ausgearbeitet wurden und vom **Verwender einseitig** gestellt werden
- die für eine Vielzahl von Verwendungen vorgesehen sind , wobei **drei beabsichtigte Verwendungen** ausreichen

Grenzen der AGB-Kontrolle

- Keine Überprüfung des Preises
- Kein Schutz für Unternehmen, juristische Personen des öffentlichen Rechts, Versorgungswirtschaft, Bauverträgen, Ehe- und Erbverträgen, Gesellschaftsverträge, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen, eingeschränkte AGB-Kontrolle im individuellen Arbeitsrecht (z.B. Arbeitsverträge)

Einbeziehung von AGB

- deutlicher Hinweis oder Aushang
- Möglichkeit der Kenntnisnahme
- Einverständnis durch die andere Vertragspartei

Widersprechende AGB

- Bei widersprechenden AGB gelten die gesetzlichen Vorschriften (§ 306 Absatz 2 BGB)
- Individuelle Abreden haben Vorrang vor den AGB

Grundsätze der AGB-Kontrolle

- Überraschende Klauseln: mit dem Kauf einer Kaffeemaschine verpflichtet man sich zur Abnahme von Kaffee
- Mehrdeutige Klauseln: Kfz.-Händler sichert Gesamtfahrleistung zu
- Intransparente Klauseln: kein Versicherungsschutz für vorvertragliche Gesundheitsstörungen
- Umgehungsverbot: unzulässige Pflicht eines Kunden wird durch Entgelterhebung an anderer Stelle umgangen

Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit, § 309 BGB

- Nr. 1 : Preisanpassungsklausel
- Nr. 2 : Beschränkung gesetzlicher Leistungsverweigerungsrechte
- Nr. 3 : Aufrechnungsverbot
- Nr. 4 : Entbehrlichkeit von Mahnung und Fristsetzung
- Nr. 5 : überhöhte Schadensersatzpauschalen
- Nr. 6 : Vereinbarung von Vertragsstrafen
- Nr. 7 : Haftungsausschlüsse für Vorsatz und Fahrlässigkeit
- Nr. 8 : Haftungsausschlüsse für Mängel
- Nr. 9 : Laufzeit bei Dauerschuldverhältnissen
- Nr. 10 : Wechsel des Vertragspartners
- Nr. 11 : Haftung des Abschlussvertreters
- Nr. 12 : Änderungen von Beweislastregeln
- Nr. 13 : Formvorschriften
- Nr. 14 : Klageverzicht
- Nr. 15 : Abschlagszahlungen und Sicherheitsleistungen

Keine Anwendung von § 309 BGB für den
kaufmännischen Verkehr (B2B)

Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit, § 308 BGB

- Nr. 1: unangemessene Fristen
- Nr. 2: gesetzliche Nachfristen
- Nr. 3: Rücktrittsvorbehalt
- Nr. 4: Änderungsvorbehalt
- Nr. 5: fingierte Erklärungen
- Nr. 6: Zugangsfiktion
- Nr. 7: Rückabwicklungspauschalen
- Nr. 8: Nichtverfügbarkeit der Leistung

Keine Anwendung von § 308 BGB für den
kaufmännischen Verkehr (B2B)

Generalklausel, § 307 BGB

Beispiel: Waschanlagenbetreiber schließt Haftung für Beschädigungen aus, es sei denn, dass der Betreiber aus grobem Verschulden haftet.

Frage: Gibt es eine unangemessene Benachteiligung des Vertragspartners?

- Nichtvereinbarkeit mit wesentlichen Grundgedanken einer gesetzlichen Regelung
- Einschränkung wesentlicher Rechte und Pflichten, die sich aus der Natur des Vertrages ergeben

Rechtsfolgen der AGB-Kontrolle

- Teilnichtigkeit des Vertrages, Rest-Vertrag bleibt wirksam (§ 306 I BGB)
- Ergänzung von Vertragslücken mit gesetzlichen Vorschriften (§ 306 II BGB)
- Gesamtnichtigkeit des Vertrages bei Unzumutbarkeit (§ 306 III BGB)
- Unterlassungsklage durch Verbände

Prüfungsschema AGB-Kontrolle

1. Liegen überhaupt AGB vor ?
2. Sind die AGB einbezogen worden (Aushang, Inbezugnahme, Zustimmung) ?
3. Liegt eine vorrangige Individualabrede vor ?
4. Persönliche Anwendbarkeit der Klauselverbote ? (B2B, Staat pp.)
5. Sachliche Anwendbarkeit (Familienrecht, Arbeitsrecht pp.)
6. Liegt eine überraschende oder mehrdeutige Klausel ? (§ 305c BGB)
7. Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit (§ 309 BGB)
8. Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit (§ 308 BGB)
9. Generalklausel
10. Rechtsfolgen der AGB-Kontrolle (Teilnichtigkeit ?)

Anfechtungsregeln (1)

- Inhaltsirrtum (§ 119 I Alt. 1 BGB)
Der Erklärende irrt über die Bedeutung seiner Erklärung
(Handwinken auf einer Versteigerung)
- Erklärungsirrtum (§ 119 I Alt. 2 BGB)
Der Erklärende verspricht sich (2.500 Stück statt 250 Stück werden bestellt)
- Eigenschaftsirrtum (§ 119 II BGB)
Wille und Erklärung differieren (Fachbetrieb sei in der Handwerksrolle eingetragen)
- Anfechtungsfrist: unverzüglich nach Kenntnis des Anfechtungsgrundes, spätestens nach 10 Jahren
- Schadensersatzanspruch gegen den Anfechtenden

Anfechtungsregeln (2)

- Anfechtung wegen arglistiger Täuschung (§ 123 I BGB)
Vertragsabschluss durch vorsätzliches Verschleiern von Tatsachen
(Gebrauchtwagen hat 280.000 km statt angegebener 80.000 km)
- Anfechtung wegen widerrechtlicher Drohung (§ 123 I BGB)
Vertragsabschluss nach Inaussichtstellen eines Übels
(Aufhebungsvertrag nach Drohung mit einer unberechtigten Anzeige)
- Anfechtungsfrist: ein Jahr nach Kenntnis des Anfechtungsgrundes, spätestens nach 10 Jahren

Vertragsarten nach dem BGB

- Kaufvertrag
- Dienstvertrag
- Werkvertrag
- Leihvertrag
- Mietvertrag
- Darlehensvertrag
- Leasing

Kaufvertrag (1)

- Austausch von Waren gegen Bezahlung
- Käufer und Verkäufer
- Verkäufer → übereignet Ware, verschafft Eigentum
- Käufer → bezahlt die Ware
- Kauf auf Probe, Fernabsatz (heute: E-Commerce)

Kaufvertrag (2)

Gewährleistung

- gesetzlich vorgeschrieben
- Mangelfreiheit der Sache
- 2 Jahre ab Übergabe
 - Gebrauchtes: 1 Jahr
- Beweislastumkehr:
nach 12 Monaten (ab 01.01.2022)

Garantie

- freiwillig
- vom Hersteller oder Verkäufer
- Bedingungen

Beispiel: Kia 7 Jahre Garantie

Kaufvertrag (3)

- Nacherfüllung → Nachbesserung oder Neulieferung
- Rücktritt → Geld zurück, Ware zurück
- Minderung → Kaufpreis wird reduziert, Ware bleibt
- Schadensersatz → Beispiel: defekte Bremse

Kaufvertrag (4)

Vertragspartner

| Wer verkauft wem? | Gewährleistung | Ausschluss der Gewährleistung |
|--|--|---|
| Unternehmer → Verbraucher business to consumer b2c | 2 Jahre Beweislastumkehr nach 12 Monaten | Nicht möglich 1 Jahr, bei gebrauchten Sachen |
| Unternehmer → Unternehmer business to business b2b | 2 Jahre | möglich |
| Verbraucher → Verbraucher consumer to consumer c2c | 2 Jahre | möglich |

Kaufvertragsrecht (5): Änderungen ab 01.01.2022

- **Neuer allgemeiner Sachmangelbegriff (§ 434 BGB)**
- **Beweislastumkehr, Ausdehnung des Zeitraumes auf ein Jahr**
- **Gewährleistung digitaler Elemente: zwei Jahre**
- **Verjährungsverkürzung (bei gebrauchten Sachen auf ein Jahr) nur noch durch ausdrückliche und gesonderte Vereinbarung**
- **Garantieerklärung muss als dauerhafter Datenträger zur Verfügung gestellt werden**
- **Entfall der Fristsetzung bei Rücktritt und Schadensersatz bei Offensichtlichkeit, dass keine Nacherfüllung geleistet wird**

Fernabsatz

- Vertragsabschluss erfolgt nicht stationär, sondern über die Ferne: Brief, Fax, E-Mail, Telefon, Rundfunk oder Telemedien
- gilt nicht für Reiseleistungen, Grundstücksgeschäften, Personenbeförderung, manipulierte Ware (z.B. Monogramm), Speisen (Pizza-Dienst)
- Informationspflichten (§ 312d BGB in Verbindung mit Art. 246 b EG-BGB)
- Widerrufsrecht des Verbrauchers: 14 Tage

Produkthaftungsgesetz (1)

- Herstellerhaftung, unabhängig von Kunden-Hersteller-Beziehung
- zusätzlich zur Gewährleistungshaftung des Verkäufers
- verschuldensunabhängig
- unabdingbares Recht

Produkthaftungsgesetz (2)

- Hersteller...
 - ... Hersteller des Endproduktes
 - ... Zulieferer von Teilen
 - ... Darstellung als Hersteller durch Branding
 - ... Importeur in die EU
 - ... Lieferant, der den Hersteller nicht nennt

Produkthaftungsgesetz (3)

- *„Ein Produkt hat einen Fehler, wenn es nicht die Sicherheit bietet, die unter Berücksichtigung aller Umstände, ...“ § 2 ProdHaftG*
- Sicherheitserwartung nicht erfüllt
 - Darbietung
 - Üblichen Gebrauch
 - Zeitpunkt des Inverkehrbringens

Produkthaftungsgesetz (4)

- Verletzungshandlung
- Tötung
- Körperverletzung
- Gesundheitsverletzung
- Sachschaden
 - privaten Gebrauch
 - bestimmungsgemäße Verwendung
 - kein Vermögensschutz

Produkthaftungsgesetz (5)

- §§ 5 ff. ProdHaftG
- Personenschäden bis 85 Mio. €
 - Schmerzensgeld
- Sachschäden, unter 500 € Selbstbeteiligung
 - Betrifft ist nicht das schadhafte Produkt
 - (hauptsächlicher) Privatgebrauch

Produkthaftungsgesetz (6)

- Produktbeobachtungspflicht
 - Bei Kenntnis von Fehlern
 - Warnung der Abnehmer und Verkehrskreise
 - Produktrückruf
 - Schuldhafte Pflichtverletzung § 823 Abs. 1 BGB
- ⇒ QM – Qualitätsmanagement

Dienstvertrag - Werkvertrag

- Dienstvertrag

Es wird nur die Dienstleistung geschuldet und keinen Erfolg

Beispiel: Nachhilfelehrer, Frisör, ärztliche Heilbehandlung

- Werkvertrag

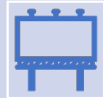
Es wird ein bestimmter Erfolg geschuldet

Beispiel: Handwerker, Bauunternehmen, Frachtführer

Leistungen eines Werbeagenturvertrages



Beratung zur Werbestrategie nebst Planung und Erstellung einer Konzeption



Erstellung und Design von Online-Werbung, Printwerbung, Produktverpackungen, Erstellung von Design, Fotos, Grafiken



Suchmaschinenwerbung (z.B. Google Ads)



Kreation von Werbetexten, Unternehmens-, Produkt-, Dachmarken



Konzeption und Erstellung von Webseiten



Konzeption und Erstellung eines Corporate Designs



Printwerbung, Erstellung von Werbeanzeigen (Print und Online)



Fernseh- und Funkwerbung, Filmproduktion, Casting von Schauspielern

Werbeagenturvertrag: Dienst- oder Werkvertrag

Verträge zwischen Werbeagentur und werbungtreibendem Unternehmen, die auf Beratung und Konzeptionierung von Werbekampagnen abzielen und mit monatlich fälligen Pauschalbezügen honoriert werden, sind beispielsweise Dienstverträge gemäß § 611 ff. BGB.

Anders ist es, wenn die Werbeagentur beispielsweise ausdrücklich für die Konzeption und Erstellung einer Webseite beauftragt wurde. In einem solchen Fall wird der Vertrag dem Werkvertragsverhältnis gemäß § 631 ff. BGB.

Komplizierter wird es bei Verträgen, welche aus gemischten Leistungen bestehen, bei welchen teilweise ein Erfolg und teilweise nur die Dienstleistung geschuldet wird.

Werbeagenturvertrag: Dienst- oder Werkvertrag ?

Verträge zwischen Werbeagentur und werbungtreibendem Unternehmen, die auf Beratung und Konzeptionierung von Werbekampagnen abzielen und mit monatlich fälligen Pauschalbezügen honoriert werden, sind beispielsweise Dienstverträge gemäß § 611 ff. BGB.

Anders ist es, wenn die Werbeagentur beispielsweise ausdrücklich für die Konzeption und Erstellung einer Webseite beauftragt wurde. In einem solchen Fall wird der Vertrag dem Werkvertragsverhältnis gemäß § 631 ff. BGB.

Komplizierter wird es bei Verträgen, welche aus gemischten Leistungen bestehen, bei welchen teilweise ein Erfolg und teilweise nur die Dienstleistung geschuldet wird.

Unterschiede zwischen den Vertragstypen



Stichwort **Gewährleistung:**

Beim Dienstvertrag gibt es im Gegensatz zum Werkvertrag keine Gewährleistung.



Stichwort Vergütung:

Beim Werkvertrag entsteht der Anspruch auf Vergütung bei Abnahme des geschuldeten Werks.

Beim Dienstvertrag entsteht der Vergütungsanspruch bereits mit Erbringung der geschuldeten Dienstleistung, ohne dass hier ein greifbares Werk erstellt worden sein muss.

Der Vergütungsanspruch beim Dienstleistungsvertrag entfällt nur dann, wenn der Dienstleister keine Leistungen erbringt oder die erbrachten Leistungen völlig unbrauchbar sind.



Stichwort **Kündigungsrecht:**

Der Werkvertrag kann jederzeit gekündigt werden (§ 648 BGB).

Beim Dienstvertrag sind vorzeitige Kündigungsmöglichkeiten bei Vorliegen eines besonderen Vertrauensverhältnisses (§ 627 BGB) oder im Falle eines wichtigen Grundes vorgesehen.

Werbeagenturvertrag und Urheberrecht

- ❖ Leistungen einer Werbeagentur unterliegen in vielen Fällen dem Urheberrecht. Es ist daher für beide Parteien wichtig, dass der Vertrag die zu übertragenden Nutzungsrechte an den urheberrechtlich geschützten Leistungen detailliert geregelt werden.
- ❖ Wichtig sind auch Nutzungsrechte an erstellten Produkt- oder Verpackungsdesigns, Fotos oder Webseiten. Hier stellt sich oftmals die Frage, ob dem beauftragenden Unternehmen auch andere Verwertungsarten der geschaffenen Werke gestattet sind bzw. ob eine anderweitige Verwertung weitere Vergütungsansprüche der Agentur auslöst.
- ❖ Ebenfalls zu beachten ist, dass die Agentur als Urheber grundsätzlich ein Recht hat, im Zusammenhang mit den erbrachten Leistungen als Urheber genannt zu werden.



Leihvertrag

- unentgeltliche Gebrauchsüberlassung
- der geliehene Gegenstand wird zurückgegeben

Mietrecht (1)

- Vertrag zur entgeltlichen Überlassung einer Sache
- Vermieter - Mieter
- Rückgabe der selben Sache
- Mietminderung bei Sachmangel

Beispiele: Mietwagen, Werkzeuge, Räume

Mietrecht (2)

Wohnraummiete

- Mieterhöhung nur eingeschränkt möglich
- starker Kündigungsschutz des Mieters

Geschäftsraummiete

- frei vereinbare Erhöhung
- Kündigungsfrist: 6 Monate Frist
- kein Kündigungsschutz des Mieters

Wohn- und Gewerbemiete

| | Wohnraum | Gewerberäume |
|-----------------------|--|-----------------------------|
| Mietdauerbegrenzung | - | Zeitliche Begrenzung |
| Kündigung | Fristlos, bei Gesundheitsgefahr | - |
| | Aufhebungsvertrag | |
| Kündigungsfrist | Mindestens 3 Monate | ~ sechs Monate |
| Sonderkündigungsrecht | Nach Mieterhöhung | |
| Mietzins | Mietpreisbindung Sozialwohnung mit Preisbindung | - |
| Mietzinsanpassung | Anpassung an ortsübliche Miete | Feststellung durch Klauseln |

Pachtvertrag

- Gebrauchsüberlassung von Sachen/Rechten
- Zahlung einer fixen Miete
- und / oder Umsatzbeteiligung
- die Früchte gebühren dem Pächter und nicht dem Verpächter

Beispiele: Landwirtschaft, Gastronomie

Darlehensvertrag I

- §§ 488 ff. BGB
- Überlassung einer zählbaren Sachen
 - Geld, Äpfel
- Rückgabe einer gleichartigen Sache

Beispiel Bankdarlehn, Eier beim Nachbar ausleihen

Darlehensvertrag II

- Fälligkeit
 - Nach Vereinbarung
 - Nach Kündigung
- Ordentliche Kündigung
 - Bei Zinsbindung: 6 Monate
 - Ohne Zinsbindung: 3 Monate
 - 2 Wochen Zahlungsfrist bei Kündigung des Darlehnsnehmer
- Außerordentliche Kündigung
 - Drohende Verschlechterung des Vermögensverhältnisse
 - Verschlechterung des Sicherung

Verbraucherdarlehen

- Unternehmer, § 14 BGB
- Verbraucher, § 13 BGB
- Schriftlich
- Gesetzlicher Zins, ohne Vereinbarung
- Nicht bei...
 - Nettobeträgen unter 200 €
 - Zwischen Arbeitgeber und -nehmer

Leasingvertrag I

- atypischer Mietvertrag
- Mischung aus Mietvertrag und Kaufvertrag
- Dreiecksbeziehung
 - Leasingnehmer
 - Leasinggeber
 - Hersteller/Lieferant

Beispiel Leasingfahrzeug, Bürogeräte u.ä.

Leasingvertrag II

- Leasingnehmer
 - Zahlung eines Entgelt
 - Erhalt der Sache
 - Haftung des Untergang
- Leasinggeber – Hersteller
 - Mietvertrag

Verjährungsfristen (1)

- Regelmäßige Verjährungsfrist: 3 Jahre, beginnend am Schluss des Jahres
z.B. Kaufpreisforderung, Werklohnanspruch, Lohnzahlung, Schadensersatz
- Verjährung in Grundstücksangelegenheiten: 10 Jahre, ab Entstehen des Anspruches
- Längste Verjährungsfrist: 30 Jahre
z.B. Urteil, Eigentumsansprüche, familienrechtliche Ansprüche

Verjährungsfristen (2)

- Hemmung der Verjährung, bewirkt eine Verlängerung der Verjährung
Klageerhebung, Zustellung Mahnbescheid, Beweisverfahren
- Neubeginn der Verjährung,
Anerkenntnis durch Abschlagszahlung, Vollstreckungshandlung

Verjährung, Beispiel

Kaufpreis wird am 28.03.2023 fällig und es wird nicht gezahlt.

Verjährungsbeginn: 31.12.2023

Verjährungsfrist: 3 Jahre, Ablauf der Verjährung: 31.12.2026

Die Kaufpreisforderung wird am 01.01.2027 verjährt sein.

www.online-mahnantrag.de

The screenshot shows a web browser window with the address bar displaying `online-mahnantrag.de/omahn/Mahnantrag`. The website header features the title 'Online-Mahnantrag' with a Hessia state emblem, followed by the subtitle 'Eine Anwendung der deutschen Mahngerichte'. Below this, it says 'Hessen Hotline für nicht technische Fragen 06652/600-01'. A navigation bar contains links: 'Start', 'Antrag', 'Drucken/Signieren', 'Hilfe', 'Impressum', 'Datenschutz', and 'Folgeanträge'. The main heading is 'Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids'. A green box contains an 8-step process list for filing a claim. At the bottom of the green box are three buttons: 'zurück', 'weiter', and 'neuer Antrag'. A 'Hilfe' button is also present in the top right of the green box. To the right of the green box, there are several small icons representing different legal or administrative functions.

← → ↻ 🏠 `online-mahnantrag.de/omahn/Mahnantrag`

Online-Mahnantrag Eine Anwendung der deutschen Mahngerichte
Hessen Hotline für nicht technische Fragen 06652/600-01

Start Antrag Drucken/Signieren Hilfe Impressum Datenschutz Folgeanträge

Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

Hilfe

Der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids ist in 8 Schritte aufgeteilt.

1. Schritt: Prozessbevollmächtigten erfassen (sofern vorhanden)
2. Schritt: Antragstellerdaten erfassen
3. Schritt: Antragsgegner erfassen
4. Schritt: Anspruch/Forderung erfassen
5. Schritt: Auslagen und Nebenforderung erfassen (sofern vorhanden)
6. Schritt: Allgemeine Angaben zum Antrag
7. Schritt: Überprüfen der Antragsdaten
8. Schritt: Druck/Antragsabgabe

Geben Sie zu jedem Schritt die erforderlichen Daten ein. Mit bestätigen Sie Ihre Eingabe und gelangen zum jeweils nächsten Schritt oder Teilschritt.
Haben Sie schon Daten erfaßt, möchten aber von vorne beginnen, so betätigen Sie "Neuer Antrag" auf dieser Seite. Alle bisher erfassten Daten werden dann gelöscht.

Mahnbescheid

| Amtsgericht Hagen - Mahnabteilung - 58081 Hagen | | MAHN BESCHIED | |
|--|--|--|--|
| Antragsgegner: | | vom 16.05.2012 aufgrund des hier am 02.05.2012 eingegangenen Antrags Der Antragsteller macht folgenden Anspruch geltend: | |
| Weiter senden innerh.d. AG-Bezirks Geschäftsnummer des Antrags Bei Schreiben an das Gericht stets angeben 12-0345555-09 Amtsgericht Hagen, 58081 Hagen | | I. HAUPTFORDERUNG: Handwerkerleistung gem. Rechnung 122/1222312 vom 18.02.11 *****4.248,30 EUR | |
| Frau Sigrid Säumig Zasterweg 127 12345 Musterburg | | II. KOSTEN WIE NEBENSTEHEND: *****405,17 EUR | |
| | | III. NEBENFORDERUNGEN: 1) Mahnkosten *****56,50 EUR SUMME: *****4.709,97 EUR | |
| | | hinzukommen laufende Zinsen: zu I. *6,000% Jahreszinsen ab Zustellung des Mahnbescheids aus *****4.248,30 EUR | |
| | | Der Antragsteller hat erklärt, dass der Anspruch von einer Gegenleistung abhängt, die bereits erbracht wurde oder nicht von einer Gegenleistung abhängt. | |
| Antragsteller: Herr Günther Gläubig Goldregen 77 55555 Oberbeispielburg | | Prozessbevollm. d. Antragstellers: Rechtsanwälte Bausch & Bogen Marktplatz 6-7 04711 Kirchheim Geschäftszeichen d. Prozessbevollm.: a2+b2=c2 | |
| Kosten nach dem Wert der Hauptforderung: EUR *****4.248,30 | | | |
| Gerichtskosten Gebühr (§§ 34, 3 Abs. 2 GKG, NR. 1100 KV) | | *****56,50 EUR | |
| Kosten des Antragstellers für dieses Verfahren | | | |
| Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandskosten Gebühr (Nr. 3305 VV RVG) | | *****273,00 EUR | |
| Auslagen (Nr. 7001, 7002 VV RVG) 19,00% MwSt (Nr. 7008 VV RVG) | | *****20,00 EUR *****55,67 EUR | |
| Ausfertigung für den Antragsgegner | | *****405,17 EUR | |
| JMB2 11 NRW Fassung 1.10.05 | | Haustatschritt des Amtsgerichts Hagen: Hagen Str. 145 58098 Hagen | |
| | | Das Gericht hat nicht geprüft, ob dem Antragsteller der Anspruch zusteht. Es fordert Sie hiermit auf, innerhalb von zwei Wochen seit der Zustellung dieses Bescheides entweder die vorstehend bezeichneten Beträge, soweit Sie den geltend gemachten Anspruch als begründet ansehen, zu begleichen oder dem Gericht auf dem beigefügten Vordruck mitzu- teilen, ob und in welchem Umfang Sie dem Anspruch widersprechen. Wenn Sie die geforderten Beträge nicht begleichen und wenn Sie auch nicht Widerspruch erheben, kann der Antragsteller nach Ablauf der Frist einen Vollstreckungsbescheid erwirken und aus diesem die Zwangsvollstreckung betreiben. Der Antragsteller hat angegeben, ein streitiges Verfahren sei durchzuführen vor dem Amtsgericht Musterburg 12345 Musterburg An dieses Gericht, dem eine Prüfung seiner Zuständigkeit vorbehalten bleibt, wird die Sache im Falle Ihres Widerspruchs abgegeben. Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite Maschinell erstellte Ausfertigung, ohne Unterschrift gültig (§ 703b Abs. 1 ZPO) | |

<https://www.mahngerichte.de/de/zulaessige-vordrucke.html>

Mahnbescheid

- 14 Tage Widerspruch
- keine Begründung des Widerspruchs notwendig

Mahnsache

Antragsteller: Vor- und Nachname/Firmenbezeichnung

gegen

wegen

Zeilen-Nummer 1

Datum des Widerspruchs

Geschäftsnummer des Amtsgerichts

A

Beleg wird maschinell gelesen. Bitte füllen Sie den Vordruck **gut lesbar** aus. Ab 1.1.2020 nicht mehr verwendbar für Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister.

MUSTER

Hinweis für den Antragsgegner
Bitte überlegen Sie sorgfältig, ob Sie im Recht sind, und beachten Sie die Hinweise des Gerichts zum Mahnbescheid.

Widerspruch

Gegen den im Mahnbescheid geltend gemachten Anspruch erhebe ich Widerspruch.

2 ☐ Ich widerspreche dem Anspruch **insgesamt**.

3 ☐ Ich widerspreche nur einem **Teil** des Anspruchs, und zwar

4

| | | | | |
|---|--|---|---------------------------------------|--|
| der Hauptforderung wegen eines Teilbetrages von | den Zinsen | den laufenden Zinsen, soweit sie nachstehenden Zinssatz übersteigen | den Verfahrenskosten | den anderen Nebenforderungen wegen eines Betrages von |
| EUR <input type="text"/> | <input type="text"/> insgesamt | % jährlich | <input type="text"/> insgesamt | EUR <input type="text"/> |
| einschließlich der auf diesen Teil der Hauptforderung entfallenden Zinsen und Verfahrenskosten. | einschließlich Zinsen auf Nebenforderungen | einschließlich Zinsen auf Nebenforderungen | | einschließlich der auf diesen Teil der Nebenforderungen entfallenden Zinsen. |

Nur bei Änderung der Anschrift des Antragsgegners: Die Anschrift lautet richtig bzw. jetzt

5

Strasse, Hausnummer – bitte kein Postfach

Postleitzahl

Ort

Ans. Kz.

Gesetzlicher Vertreter des Antragsgegners

Unterzeichnender erhebt den Widerspruch als gesetzlicher Vertreter des Antragsgegners.

6

Bezeichnung (z.B. Geschäftsführer, Vater, Mutter, Vormund)

Strasse, Hausnummer – bitte kein Postfach

Postleitzahl

Ort

Ans. Kz.

Prozessbevollmächtigter des Antragsgegners

Unterzeichnender erhebt den Widerspruch als Prozessbevollmächtigter des Antragsgegners. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird versichert.

8

1 = Rechtsanwalt* 4 = Herr Frau
2 = Rechtsanwalt* 5 = Rechtsanwalt*
3 = Rechtsbeistand 6 = Rechtsanwalt*
* auf diesem Formular nur noch bis 31.12.2019

9

Vor- und Nachname

Strasse, Hausnummer – bitte kein Postfach

Postleitzahl

Ort

Ans. Kz.

Geschäftszeichen des Antragsgegners / Prozessbevollmächtigten

11

Bezeichnung des Absenders

Unterschrift des Antragsgegners bzw. seines ges. Vertreters oder Prozessbevollmächtigten

12

JMB1/2 NRW JMB1/2R Fassung 01.07.2017 blind

[Bitte Hinweise zu diesem Vordruck beachten!]

<https://www.mahngerichte.de/de/zulaessige-vordrucke.html>

Vollstreckungsbescheid

- vollstreckbar
- 30 Jahre gültig
- 14 Tage Einspruchsfrist
- mit Begründung

| Amtsgericht Hagen - Mahnabteilung - 58081 Hagen | | VOLLSTRECKUNGSBESCHIED vom 19.06.2012 aufgrund des am 18.05.2012 erlassenen und am 23.05.2012 zugestellten Mahnbereichs | |
|--|--|---|--|
| Antragsgegner: | | Der Antragsteller macht folgenden Anspruch geltend: | |
| Weitersenden innerhalb des Inlands <small>Geschäftsnummer des Antragstellers Bei Schreiben an das Gericht eintragen</small> 12-0345555-09 Amtsgericht Hagen, 58081 Hagen | | I. HAUPTFORDERUNG: 1)Miete für Geschäftsraum (einschl. Nebenkosten) für den Mietraum in: 12345 Zasterfeld gem. Mietvertrag v. 1.10.2008 (April) vom 01.04.12 *****475,05 EUR 2)Miete für Geschäftsraum (einschl. Nebenkosten) für den Mietraum in: 12345 Zasterfeld gem. Mietvertrag v. 1.10.2008 (Mai) vom 01.05.12 *****475,05 EUR II. KOSTEN WIE NEBENSTEHEND: *****175,00 EUR III. ZINSEN: laufende, vom Gericht ausgerechnete Zinsen: zu I. 1 Zinsen von *5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus *****475,05 EUR vom 15.04.12 bis 18.05.12 *****2,30 EUR zu I. 2 Zinsen von *5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus *****475,05 EUR vom 15.05.12 bis 18.05.12 *****0,27 EUR SUMME: *****1.127,67 EUR hinzu kommen laufende Zinsen: zu I. 1 Zinsen von *5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus *****475,05 EUR ab dem 19.05.12 zu I. 2 Zinsen von *5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus *****475,05 EUR ab dem 19.05.12 Der Antragsteller hat erklärt, dass der Anspruch von einer Gegenleistung abhängt, die bereits erbracht wurde oder nicht von einer Gegenleistung abhängt. Auf der Grundlage des Mahnbereichs ergeht Vollstreckungsbescheid wegen vorstehender Beträge. Die Kosten des Verfahrens haben sich ggfls. um Gebühren und Aus- lagen für das Verfahren über den Vollstreckungsbescheid erhöht. Die Kosten des Verfahrens sind ab 19.06.2012 mit fünf Prozent- punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen. | |
| Antragsteller: Firma Mustermann und Söhne GmbH & Co KG Lindenallee 123 55555 Irgendwo gesetzlich vertreten durch die Mustermann Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung diese gesetzlich vertreten durch Geschäftsführer Lars-Hendrik Mustermann | | Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Peter Paragraf Am Seeufer 123 44379 Dortmund Bankverbindung des Prozessbev.: Konto: 123 456 78 BLZ: 44050177 Dortmunder Direktbank | |
| Kosten nach dem Wert der Hauptforderung: EUR *****950,10 Gerichtskosten Gebühr (§§ 34, 3 Abs. 2 GKG, NR. 1100 KV) *****27,50 EUR Kosten des Antragstellers für dieses Verfahren Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandskosten Gebühr (Nr. 3305 VV RVG) *****85,00 EUR Gebühr (Nr. 3308 VV RVG) *****42,50 EUR Auslagen (Nr. 7001, 7002 VV RVG) *****20,00 EUR Ausfertigung für den Antragsteller *****175,00 EUR | | Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite Exempel Rechtspfleger | |

<https://www.mahngerichte.de/de/zulaessige-vordrucke.html>

Handelsrecht, Kaufmannsbegriff

- Ist-Kaufmann, § 1 HGB
Gewerbebetrieb (Selbstständigkeit, nach außen gerichtet, auf Dauer, Gewinnerzielungsabsicht)
Kein Gewerbe: freie Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare u.a.)
- Kann-Kaufmann, §§ 2,3 HGB
Kleingewerbetreibende, Land- und Forstwirtschaft, Zusatz e.K.
- Form-Kaufmann, § 6 HGB, GmbH, oHG, KG, AG, KGaA, EMIV, e.G., nicht GbR, stille Gesellschaft

Ist-Kaufmann

- Eintragung in das Handelsregister ist Pflicht, wenn
- Gewinn mehr als 80.000 € p.a.
oder
Umsatz mehr als 800.000 € p.a.
(2025)

Kann-Kaufmann

- Unterschreitung der Kriterien des Ist-Kaufmanns
- Freiwillige Eintragung in das Handelsregister

⇒ Geltung des HGB

- Namenszusatz: eingetragener Kaufmann
e.K.

Form-Kaufmann

- Pflicht zur Eintragung

⇒ Kaufmannseigenschaften

- Kaufmann durch die Rechtsform
 - oHG, AG, GmbH und UG

Unternehmensformen

- Einzelunternehmen
- Personengesellschaft
 - GbR, oHG, KG
 - Einkommenssteuer
- Kapitalgesellschaft
 - GmbH, UG, AG
 - Körperschaftssteuer

Handelsregister

- **Amtsgericht**

HRA für Einzelkaufleute, oHG, KG, juristische Personen des öffentlichen Rechts

HRB für Kapitalgesellschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit

- **Publizitätsfunktion**

negative Publizität: eintragungspflichtige Tatsache ist nicht eingetragen, sie entfaltet keine Wirkung

positive Publizität: eingetragene Tatsache ist unrichtig, sie entfaltet weiterhin die eingetragene Wirkung

Kfm. Schriftverkehr

- Vornamen
- Nachnamen
- Anschrift
- Name der Firma
- Rechtsform
- Handelsregisternummer
- Firmensitz
- Zuständiges Amtsgericht
- GmbH: Geschäftsführer

Unselbstständige Hilfspersonen des Kaufmannes

- Prokurist, §§ 48 ff HGB
Vollmacht ist im Außenverhältnis nicht beschränkt, keine Befugnis für sogenannte Prinzipalgeschäfte, Zusatz ppa.
- Handlungsbevollmächtigter, § 54 HGB
Generalhandlungsvollmacht, Arthandlungsvollmacht,
Spezialhandlungsvollmacht
- Ladenangestellter, § 56 HGB
- Handlungsgehilfe, § 59 HGB

Sonderregelungen für Kaufleute

- Handelsbräuche, § 346 HGB
- Schweigen auf kaufmännisches Bestätigungsschreiben, § 362 HGB
- Sorgfaltsmaßstab eines ordentlichen Kaufmannes, § 347 HGB
- Einschränkung der richterlichen Kontrolle bei Vertragsstrafen, § 348 HGB
- Bürgschaft, Wegfall der Einrede der Vorausklage, § 349 HGB
- Verzicht auf Formalitäten, mündliche Bürgschaft, § 766 BGB
- Höherer Zinssatz, 9% über Basiszinssatz, § 288 II BGB
- Erweitertes Zurückbehaltungsrecht, § 366 HGB
- Untersuchungs- und Rügepflicht bei Handelskauf, § 377 HGB